

"Europa auf Probe" in Der Spiegel (6. Februar 1957)

Quelle: Der Spiegel. 06.02.1957. Hamburg. "Europa auf Probe", p. 11.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/europa_auf_probe_in_der_spiegel_6_februar_1957-de-cb935994-596a-408c-ac35-5e1249c4d5e4.html

Publication date: 05/11/2015



Europa auf Probe

Im gotischen Saal des Schlosses Val Duchesse, vier Kilometer von Brüssel entfernt, drängte sich am 26. Januar ein buntes Aufgebot von Diplomaten und Wirtschaftssachverständigen. Die vielen Herren, die, zur Suite der Außenminister der sechs Montanunion-Staaten gehörten, konnten in dem hohen Saal kaum Platz finden, so daß die Schloßdiener die Holzscheite aus dem großen Kamin rissen, um unter dem überhängenden Kaminsims noch Stühle aufstellen zu können. Sie wurden einigen deutschen Delegierten angeboten, die im Gefolge des Außenministers von Brentano nach Val Duchesse gekommen waren.

Auf der hölzernen Wendeltreppe zum zweiten Stockwerk sah man häufig tuschelnde Diplomaten - die fürstliche Herberge bot keinen anderen Raum, in dem sich die Avantgardisten der europäischen Integration aus Westdeutschland, Frankreich, Italien - und den Beneluxstaaten ungestört hätten unterhalten können.

Das Schloß bei Brüssel ist bereits seit eineinhalb Jahren Stabsquartier der Zollunions-Idealisten, die immer noch glauben, daß es möglich ist, alle Waren, die in Westdeutschland, Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten erzeugt werden, zum Nutzen von 163 Millionen Menschen zollfrei von hüben nach drüben zu schaffen.

An welchen Problemen aber der Plan, einen gemeinsamen westeuropäischen Markt zu schaffen, nach wie vor krankt, hatte sich einige Tage vor Beginn der Schloßkonferenz wieder gezeigt: Fast eine Stunde lang diskutierten die sechs Außenminister über die weltbewegende Frage, ob geräucherter Schinken zu den landwirtschaftlichen Produkten zähle, die von der neuen Zollpolitik einstweilen noch ausgenommen bleiben sollen⁽¹⁾, oder ein Veredlungsprodukt sei, das von dem Abbau der Zölle voll betroffen würde. Über 29 Punkte hatte man sich in allen vorausgegangenen Sitzungen nicht einigen können und wollen, so daß nun am 26. Januar die Expertenstäbe der sechs Nationen anrücken mußten. Die schwierigsten der 29 strittigen Fragen waren in einem vertraulichen Bericht, der allen Delegationsleitern zugestellt wurde, mit zwei Kreuzen gekennzeichnet; weniger schwierige, aber dennoch recht wichtige Punkte waren durch ein Kreuz hervorgehoben. Um die 29 Kernfragen bildete sich in den letzten Wochen eine sehr harte Schale, weil sich die Franzosen darauf versteiften, Sondervergünstigungen herauszuschinden.

Während im Bonner Bundestag zum erstenmal am vergangenen Donnerstag in der außenpolitischen Debatte das Thema "Gemeinsamer Markt" flüchtig berührt wurde, hatte das französische Parlament fünf Tage lang alle Probleme diskutiert, die damit zusammenhängen.

Der ehemalige französische Verteidigungsminister René Pleven, der Vater des gescheiterten EVG-Plans, sprach in der Nationalversammlung offen von einem französischen Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem deutschen Arbeitsfleiß, und sein ehemaliger Widersacher, der frühere französische Ministerpräsident Mendes-France, der Plevens EVG-Plan zum Scheitern gebracht hatte, bemühte sich nach Kräften, diese Angst zu schüren. Mendès-France, einer der Hauptgegner des wirtschaftlichen Zusammenschlusses, weissagte Frankreich nur Nachteile aus dem geplanten Abbau der Zölle und dem freizügigen Austausch von Arbeitskräften und Waren innerhalb des Gemeinsamen Marktes der projektierten Zollunion.

"Wer weiß", fragte er, "ob sich nicht viele in Südfrankreich oder in der Bretagne lebende Franzosen zur Auswanderung ins prosperierende Deutschland entschließen? Gibt es dort aber eine Krise, so strömt alles nach Frankreich zurück. Vielleicht sogar ein Teil der Deutschen selbst, die ja Millionen von Ostflüchtlingen aufgenommen haben und nicht sicher sind, ob sie diese Zuzügler ernähren können.

Pierre Mendès-France prophezeite ferner eine Flucht französischen Kapitals nach Deutschland, eine Invasion aller Arbeitslosen aus den sechs Zollunionsländern nach Frankreich und eine Überschwemmung des Landes mit billigen Waren, unter der Frankreichs Industrien dahinsiechen müßten. Vor allem warnte er vor jenem Eingriff, der nach Meinung aller Ökonomen für Frankreich notwendig, wenn auch schmerzhaft ist, und der die nur künstlich verdeckte Überbewertung des Franc⁽²⁾ deutlich machen würde: vor einer Kursabwertung. Mendès-France sagte: "Falls unsere Zahlungsbilanz weiter so unausgeglichen bleibt wie bisher, würde das oberste Gremium der neuen Zollunion uns sicherlich zwingen, den Franc abzuwerten."

Mehrkosten für Deutschland

Derartigen Gefahren will sich Frankreichs Parlament offenbar nur gegen einen lohnenden Kaufpreis aussetzen. Das bewiesen die Forderungen, die Frankreichs Delegierte im Schloß Val Duchesse am vorletzten Wochenende den anderen Partnern unterbreiteten.

Unter den für den Vertragstext vorgesehenen Bestimmungen, mit deren Hilfe Frankreich sich entweder Geldeinnahmen oder aber eine bremsende Wirkung auf den deutschen Wettbewerb verspricht, fanden sich drei, die in dem vertraulichen Bericht der Brüsseler Delegationsleiter mit zwei Kreuzen als die schwierigsten gekennzeichnet worden waren. Frankreich forderte:

- die Bundesrepublik soll sich verpflichten, während der ersten vier Jahre, in denen der Gemeinsame Markt besteht, langfristige Verträge über die Abnahme französischer Agrarprodukte (Getreide, Zucker, Wein) zu Festpreisen abzuschließen;
- die Assoziierung der französischen Überseegebiete an den Marktbereich soll davon abhängig gemacht werden, daß sich die Partner verpflichten, aus staatlichen Mitteln, Investitionsbeiträge für diese Gebiete zu zahlen, ohne daß die französische Souveränität in diesen Gebieten eingeschränkt wird;
- die Bundesrepublik soll ausdrücklich und bindend bestätigen, daß die Soziallasten in den Teilnehmerländern der Union unter Berücksichtigung der französischen Regelungen einander angeglichen werden.

Eine Angleichung nach dem Muster der luxuriösen französischen Sozialgesetze, die das Land mit einer galoppierenden Inflation und einer passiven Außenhandelsbilanz bezahlt, würde der deutschen Industrie erhebliche Mehrkosten auferlegen. In Frankreich gilt die 40-Stunden-Woche; schon von der 41. Arbeitsstunde an wird ein Lohnzuschlag in Höhe von 25 Prozent gezahlt. Auf die Bundesrepublik übertragen, müßte diese Regelung den Anteil der Arbeitskosten an der deutschen Produktion um fünf Prozent erhöhen. Noch kostspieliger wäre eine Anpassung an das System der französischen Familienzulagen, die zwölf Prozent des Lohnvolumens ausmachen.

Eine weitere Kostenerhöhung droht der deutschen Wirtschaft ohnehin aus dem neuen Zolltarif, den die Länder des Gemeinsamen Marktes einheitlich gegenüber dritten Ländern festlegen wollen. Nach den Vorbesprechungen soll diesen Zollsätzen der arithmetische Mittelwert der bisher unterschiedlichen Zölle aller sechs Partnerstaaten zugrunde gelegt werden. Da die Bundesrepublik nun sehr niedrige, Frankreich hingegen sehr hohe Zölle hat, würde das in jedem Fall eine Heraufsetzung der deutschen Zollsätze bedeuten und die Rohstoffeinfuhr verteuern.

Außenminister von Brentano versuchte in Brüssel, wenigstens die Angleichung der Soziallasten in den Verträgen so zu formulieren, daß in Westdeutschland zwar eine allmähliche Annäherung, nicht aber eine sofortige schematische Anpassung erfolgen soll. Völlige Einigung konnte jedoch darüber ebensowenig erzielt werden wie über die Frage, welche Position die Agrarwirtschaft im Gemeinsamen Markt einnehmen soll.

Der Leiter der französischen Regierungsdelegation, der 35jährige Staatssekretär im Außenministerium Maurice Faure, wich nicht von der Forderung ab, die übrigen fünf Länder der geplanten Zollunion sollten sich mit Investitionen an der weiteren wirtschaftlichen Erschließung der französischen Kolonien beteiligen. Wirksamen Einfluß auf die Verwendung der Mittel wollen die Franzosen den Zollunions-Partnern aber nicht einräumen. Um die Bundesrepublik nicht mit dem Odium des Kolonialismus zu beschweren, hatte nun aber die Bonner Regierung dem Außenminister von Brentano klare Weisungen mit auf den Weg gegeben.

Die Bundesregierung ist bereit, Beiträge an einen Investitionsfond zu zahlen. Sie will die Mittel jedoch nur zur Hebung des sozialen Niveaus in den einbezogenen Überseegebieten verwendet wissen, also etwa für Krankenhäuser und Schulen. Die französischen Sprecher dagegen wollen die deutschen Mittel auch für ein sogenanntes Infrastruktur-Programm, also für den Ausbau von Straßen, Häfen und anderen Anlagen verwenden.

Parlamente, Parlamente

Das französische Mutterland hat bisher jährlich 179 Milliarden Francs in seinen Überseegebieten angelegt. Der tatsächliche Investitionsbedarf beträgt jedoch 400 Milliarden Francs. Die französische Forderung zielt offen darauf ab, diese Differenz künftig von den Mitgliedsländern des Gemeinsamen Marktes zu kassieren. Von der Bundesrepublik wird zu diesem Zweck ein Kostenbeitrag von jährlich 1,2 Milliarden Mark erwartet.

Da eine Einigung insbesondere über diese Frage trotz Verlängerung der Konferenz um einen Tag nicht erzielt werden konnte, mußten sich die Außenminister zu einem erneuten Treffen am 4. Februar in Brüssel entschließen. Für den Fall, daß die Beratungen an umstrittenen Einzelproblemen ins Stocken geraten, ist geplant, dann lediglich die Prozeduren im Vertragstext festzulegen, nach denen später auftretende Zwistigkeiten vom Ministerrat geklärt werden sollen.

Nur die Organisationsentwürfe der geplanten Union, die bis zum Sommer den Parlamenten der beteiligten Länder zur Ratifizierung vorgelegt werden sollen, sind schon bis ins einzelne festgelegt.

Ausführende Organe des neuen Supermarktes sollen eine Euratom-Behörde und eine sogenannte Europäische Kommission sein. Sie wären neben dem Europarat, der Westeuropäischen Union und der Kohle- und Stahlgemeinschaft in Luxemburg das vierte europäische Sonderparlament.

Die Zölle sollen in drei Etappen - binnen zwölf oder höchstens fünfzehn Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages - abgebaut werden. Frankreich ließ sich inzwischen bereits zusichern, daß es zumindest während der ersten vier Jahre seine Exportsubventionen beibehalten darf. In den Schlussverhandlungen will die französische Delegation noch eine Sonderklausel im Vertragstext durchsetzen, die es Frankreich gestattet, nach vierjähriger Probezeit eine Entscheidung über das Fortbestehen des Gemeinsamen Marktes herbeizuführen. Das ist die Hintertür, durch die Frankreich entschlüpfen möchte, wenn ihm das neue europäische Integrationsinstrument nicht genügend Vorteile bietet.

(1) Die Delegierten der sechs Länder kamen überein der Landwirtschaft eine - wahrscheinlich zwölfjährige - Schonzeit zu gewähren und sie erst danach langsam in einen zollfreien europäischen Binnenmarkt einzugliedern.

(2) Um trotz des überhöhten Preisniveaus die Exporte zu forcieren, zahlte die französische Regierung im vergangenen Jahr 58,2 Milliarden Francs (693 Millionen Mark) Subventionen. Für 1957 ist eine Summe von 66,5 Milliarden Francs 1752 Millionen Mark), vorgesehen.